

Neue POLITIK

Kommentar- u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen Neuordnung

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

auf Seite 2 ff versuche ich, mich mit den zusammengebrochenen Finanz- und Wirtschaftsmärkten zu befassen, und zwar auch in der Form, daß ich Hinweise auf mögliche Lösungen bringe. Auf der Seite 3 ff drucke ich einen Beitrag aus FREITAG ab, der sich mit den Cross Border Leasing - Geschäften befaßt. Bevor alle diese Geschäfte platzten, sind die verschiedenen Facetten des zusammenbrechenden internationalen Wirtschafts- und Finanzaustausches nicht nur in der NEUEN POLITIK, sondern viel umfangreicher und seit Jahren in kleineren politischen Zeitschriften, Büchern und Veranstaltungen (Gespräche) vorausgesagt worden. Die "staatstragenden" Politiker aller politischen Farben, im Bund, in den Bundesländern und den Gemeinden, haben diese Warnungen nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Im Gegenteil! Die Menschen, die es auf sich nahmen, sich außerhalb der uniformierten Meinungen zu bewegen, wurden als Nörgler, Besserwisser, Spinner und arrogante Typen stigmatisiert. Das geschieht immer noch, und zwar nicht nur, wenn man in das Gespräch, selten, mit Politikern auf allen "Parlamentsebenen" kommt (kam), sondern auch dann, wenn ich (man) mit dem Bürger redet(e). Sprechen Sie mal das Publikum an, welches heute wieder auf die Zinsversprechen der Banken, ja, ich kann es leider nicht anders formulieren, reinfallen. 5 bis 6 % Zinsen oder auch mehr zu versprechen, heißt den negativen Kreislauf von Betrug, Verlust und Geldgier fortzusetzen, übrigens immer wieder und wieder mit Hilfe der Politik (Bundesregierung). Diese Zinsen sind unreal, weil sie nur bei schärfster Kalkulation wirklich zu erwirtschaften sind. Das Geld, was der blauäugige Kunde bei Sparkassen und Banken zu diesem Zinssatz anlegt, ist ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Die Banker brauchen Geld und hoffen auf die Wiederkehr aller finanzkapitalistischen Methoden mit ihren rigorosen Ausbeutungsszenarien. Nur so können sie Zinsen und Geld überhaupt zurückzahlen. Ich verweise an dieser Stelle auf das Zitat von Elmar Altvater in FREITAG, welches ich auf Seite 2 abdrucke.

Der Bürger spart! Was in vielen, persönlichen Lebenssituationen richtig und notwendig ist, könnte diesmal, in dieser Geld- und Wirtschaftskrise, für den Verbraucher zu einem vermögensstötenden Bumerang werden. Die

500 bis 1000 Milliarden Euro, die alleine die Bundesregierung für den Bestand des maroden, und so immer marode bleibenden, Geldsystems in Deutschland "ausgegeben" werden, sind Steuergelder, die der Bundesfinanzminister wieder reinholen wird (muß). Um das zu bewerkstelligen, werden die Steuern erhöht und die Inflation nimmt zu. Diese Inflation ist nicht vergleichbar mit der Inflation unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974 bis 1982), der damals noch "mit dem Brustton der Überzeugung" sagen konnte, besser etwas Inflation als zu viele Arbeitslose. Deshalb erscheint es mir wichtig und richtig, das private Geld zielgerecht und umsichtig auszugeben, u.U. für Güter, die man ohnehin plante zu kaufen. "Auf der Strecke bleiben" die sozial "schwachen" Menschen.

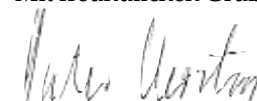
Es paßt in das Bild einer durch und durch verfaulenden Gesellschaft, daß just zu diesem Zeitpunkt die Gehaltserhöhungen und Boni-Versprechungen für den Vorstand der Deutschen Bahn AG bekannt werden. Ich habe mich im Kommentar- und Informationsbrief schon einige Male mit dem bundeseigenen Konzern und seinem Vorstandsvorsitzenden Mehdorn befaßt. Der Charakter von Herrn Mehdorn wird von einer Mischung von räuberischer Gier und Menschenverachtung bestimmt. Und da das in den Kanon des neoliberalen Kapitalismus und der damit verbundenen Globalisierung paßt, werden solche Geldansprüche von Aufsichtsrat und Politik abgesegnet, bis, ja bis es irgendwie an die Öffentlichkeit und damit zur Peinlichkeit gerät. Die Rücktrittsforderungen für Bundesminister Tiefensee sind Ersatzhandlungen. Es ist eine Systemkrise. In dieser Systemkrise gibt es Bauernopfer mit Pensionszusagen. Daß parallel dazu auch technische Mängel bei den ICE-Neigezügen und den Berliner S-Bahn-Zügen neuerer Bauart auftreten, machen diese Entgelt-Zusagen für den Bahnvorstand besonders pikant. Während der Bahnvorstand sich mit und ohne Chauffeur mit einer Luxuskarosse fortbewegen, muß der Bürger, der das alles bezahlt, dichtgedrängt in den Zügen stehen, das Fahrgeld bezahlen und für die Zugausfälle auch noch Verständnis aufbringen. Ich habe noch nicht gehört, daß irgendeine Bundestagspartei einen Untersuchungsausschuß beantragt hat, der einen möglichen Zusammenhang von Materialfehlern, demolierten Achsen, und, ich muß es ja vorsichtig formulieren, möglichen Geldzahlungen außerhalb des eigentlichen geschäftlichen Vorganges, überprüft.

Außerdem gibt es eine durch gesellschaftlichen Konsens geprägte Geschwindigkeits-Euphorie. Die Züge müssen immer schneller fahren können. Daß dabei das eingesetzte Material bei Achsen und Rädern überaus stark belastet wird, muß doch wohl klar sein, oder? Die Strategen der Deutschen Bahn sollten ihr Augenmerk auf mehr Komfort richten als auf Geschwindigkeitsrekorde. Spielen Geschwindigkeitsrekorde beim Börsengang eine Rolle?

Auf Seite 6 finden Sie einen Beitrag aus FREITAG zum us-amerikanischen Wahlkampf. Ich nehme mit Erstaunen zur Kenntnis, welche Heilserwartungen in der deutschen Öffentlichkeit mit der Wahl von Obama zum us-amerikanischen Präsidenten verbunden werden. Der von mir sehr geschätzte israelische Friedensaktivist Uri Avnery schreibt in einem Beitrag in FREITAG vom 31. Oktober 2008 unter der Überschrift **>König des Planeten<** : *>Ich bevorzuge Barack Obama<*. Aber er schreibt ebenfalls: *>Vielleicht werde ich eines Tages jedes Wort bedauern ... Obama könnte sich als Enttäuschung erweisen - sogar als große.<* Und über die aktuellen Aufgaben eines US-Präsidenten schreibt Avnery: *>Und der nächste US-Präsident wird mit einer wirtschaftlichen Depression konfrontiert sein, die im Begriff ist, das Antlitz der Erde zu verändern.<* Und über die USA schreibt er: *>Während der vergangenen acht Jahre haben sich die USA der Welt als ein arrogantes, tyrannisches, zynisches und aggressives Land gezeigt, das rücksichtslos über Menschenrechte hinweggeht, auch über die seiner eigenen Bürger, das Folter rechtfertigt, abscheuliche Konzentrationslager unterhält, und so weiter. Wenn Barack Obama, ein Mann von liberaler und demokratischer Gesinnung, die Wahl gewinnt, könnte er das zerstörte Vertrauen wieder aufbauen. Ich mache mir freilich keine Illusionen. Mir ist klar, dass es auch unter optimalen Umständen einer einzigen Person nicht gelingen kann, ein derart riesiges Schiff in eine völlig andere Richtung zu steuern. Aber schon kleine Kurskorrekturen könnten für die Welt einen immensen Wert haben.<*

Ich wünsche Ihnen ein Frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr. Die nächste Ausgabe erscheint im Januar 2009.

Mit freundlichen Grüßen



(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 20. November 2008

vestitionen keine neuen Werte (wie in Omas Nähmaschinenkapitalismus) geschaffen, sondern bereits erzeugte Werte mit Hilfe der strukturierten Finanzprodukte zum Finanzsektor umverteilt. So geschah es in der frühindustriellen, kolonialen Epoche, wie Rosa Luxemburg scharfsinnig zeigte: " Akkumulation durch Enteignung". - Irgendwann aber reicht die Substanz nicht mehr zur Befriedigung der immer größer werdenden claims auf den globalen Finanzmärkten. Zwar werden immer neue Anlagefelder gesucht und diese mit immer neuen Instrumenten "beackert", etwa mit "Credit Default Swaps" (CDS), deren Markt so groß ist wie das gesamte globale Sozialprodukt, etwa 62.000 Milliarden Dollar. <

Die Fett- und Kursivmarkierung in diesem Zitat stammt von mir.

Ein Themenblock über die Weltwirtschaftskrise in der Wochenzeitschrift FREITAG vom 26. September ist mit **Bankrott der Bankrotteure** überschrieben. Wenn das nicht nur eine Überschrift unter vielen bleiben soll, gehört zur **Kulturrevolution** auch die Verinnerlichung von Bescheidenheit. Ich empfehle da immer die Lektüre von Erich Fromm und Ivan Illich.

Nach meiner Auffassung muß eine Neuordnung von Wirtschaft von einer Neuordnung von Demokratie ergänzt werden. Die so genannten staatstragenden Parteien und ihre Mitglieder sind mit ihrem Egoismus an dieser Weltwirtschaftskrise unmittelbar beteiligt.

Unter Demokratie verstehe ich eine Direkte Demokratie durch Volksbefragungen und Volksabstimmungen und eine Basisdemokratie durch politische Nachbarschaften, die etwa 500 Wahlberechtigte umfassen sollen und die unmittelbar, ohne Vermittlung von Parteien, beraten und entscheiden müssen. Sehr wichtig ist die jederzeitige Abwahl-Möglichkeit der Sprecher (Vorsitzenden, Versammlungsleiter, Organisatoren) dieser Nachbarschaften.

Diese Direkte Demokratie braucht das Engagement aller Bürger; sie ist aber auch Chance, unmittelbar in allen Politikfeldern mitbestimmen zu können.

Das Konsensprinzip bei Entscheidungen in den Nachbarschaften sollte vorherrschen und erst dann durch die Mehrheit ersetzt werden, wenn eine Übereinstimmung aller nicht erreicht wird. Die Minderheiten-Voten müssen immer mit veröffentlicht werden.

Es müssen alle verfassungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden, daß diese ideale Direkte Demokratie eingeführt werden kann.

Diese Direkte Demokratie muß Parteien-Parlamente und Parteien kontrollieren. Sie wird dazu führen, daß die Parteien ihre Interessen offenlegen müssen. Das Gekungele mit den Lobbyisten wird (muß) öffentlich werden. Fachleute aus dem Firmen und Wirtschaftsverbänden bekommen die Freiheit der Wahrheit zurück

Die Idee der Direkten Demokratie durch Nachbarschaften geht auf Artur Mahraun zurück. Ich biete dazu sowohl auf meiner Web-Seite

www.neuepolitik.com, als auch in der beiliegenden Bestellliste allerhand Literatur an.

Ich würde mich freuen, wenn wir im Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK für die Experten-Kommission Vorarbeit leisten könnten. Schicken Sie mir gut verfaßte Beiträge, zwei bis drei Seiten, die sich mit den Themen dieses Aufsatzes, und darüber hinaus, beschäftigen. Danke schön! □

Trotz des bedingten chronischen Geldmangels sicherte der Staat die späteren Rentenzahlungen für die jetzt arbeitende Bevölkerung durch Rücklagen. Von Kriegsende 1945 bis 1959 sammelte der Finanzminister auf diese Weise acht Milliarden DM (das entspricht € 35 Milliarden heutiger Kaufkraft) im berühmten "Julisturm" an.

1949 wurde Konrad Adenauer (CDU) mit nur einer Stimme Mehrheit (seiner eigenen) erster Bundeskanzler. Er betrieb sofort die Westintegration und Wiederbewaffnung. Stalin versuchte das auf diplomatischem Weg zu verhindern.

Auszug aus "Stalinnote", Microsoft Encarta 99 Enzyklopädie: *"Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts und einer immer klareren Bindung Westeuropas an die Vereinigten Staaten fühlte sich die UdSSR Anfang der fünfziger Jahre durch die geplante Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unter Beteiligung der Bundesrepublik bedroht. In seiner ersten Note vom 10. März 1952 schlug Josif W. Stalin daher den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland vor: Deutschland sollte ein einheitlicher, souveräner Staat mit demokratischer Verfassung werden und innerhalb der im Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen bestehen; es sollte in begrenztem Umfang Streitkräfte aufstellen dürfen; aber es sollte sich auch verpflichten, keine Bündnisse abzuschließen, die gegen andere Staaten gerichtet wären. Intendiert war überdies der Abzug sämtlicher Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres nach Abschluß des Friedensvertrags. Am 9. April 1952 stimmte Stalin in einer zweiten Note auch gesamtdeutschen Wahlen unter Aufsicht der Alliierten zu. Der Vorschlag eines neutralisierten Deutschland stellte das weitreichendste Angebot der Sowjetunion dar, mit dem sie einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der EVG zu verhindern suchte. Die Westmächte und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer lehnten die Offerte jedoch vollständig und ohne jede Verhandlungsbereitschaft ab; sie interpretierten die Stalinnote primär als einen Versuch Stalins, den europäischen Integrationsprozess und die EVG-Gründung zu verzögern. Die bundesdeutsche Opposition und Teile der Öffentlichkeit sowie einige Historiker späterer Jahre werteten die Ablehnung von Friedensverhandlungen durch den Westen als verpasste Gelegenheit zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten".*

Adenauer war nicht bereit, über Stalins Angebot der Wiedervereinigung nach freien gesamtdeutschen Wahlen eines neutralen Deutschlands auch nur zu verhandeln.

Weiterer Auszug aus Encarta unter "Adenauer, Konrad": *"Vor dem Hintergrund der zunehmenden Schärfe des Ost-West-Konflikts und angesichts der (vermeintlichen) Bedrohung durch die Sowjetunion strebte der entschiedene Antikommunist Adenauer seit Bestehen der Bundesrepublik energisch auch deren militärische Integration in die westliche Staatengemeinschaft an. Bereits ab 1950 bot er den drei Westalliierten einen deutschen Beitrag zur Verteidigung des We-*

(D.K.) Ein kleines Vorwort: Helmut Soeder war bereits Abonnent in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Sein Rückblick auf die jüngste Geschichte unseres Mutter- und Vaterlandes ist für die Jüngeren unter den Lesern mit Sicherheit eine gut Grundlage für die politische Urteilsfähigkeit der Gegenwart.

Wiederbewaffnung, Teilung und Verschuldung Deutschlands von Helmut Soeder

Einundzwanzig Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs begann der Zweite. Nachdem Deutschland auch diesen verloren hatte, war das Land ein Trümmerhaufen. Nicht nur die zerstörten Städte mußten wieder aufgebaut werden. Außer gewaltigen Reparationsleistungen an die Siegermächte mußten die Vertriebenen integriert und enorme Rentenzahlungen an Kriegsversehrte und Hinterbliebene geleistet werden. Und das damals auch noch für die Folgen des Ersten Weltkriegs.

stens an und provozierte damit heftige innenpolitische Auseinandersetzungen nicht nur mit der SPD-Opposition, die eine einseitige Westbindung und eine Wiederbewaffnung strikt ablehnte, sondern auch in den eigenen Reihen; so trat z. B. der CDU-Innenminister Gustav Heinemann 1950 aus Protest gegen Adenauers Wiederbewaffnungspläne zurück. Trotz aller innenpolitischer Widerstände erreichte Adenauer mit den Pariser Verträgen die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO (1955). Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für den Aufbau der Bundeswehr waren bereits 1954 geschaffen worden".

Und unter "Reparationen" "Mit den Pariser Verträgen (1954) wurde die Reparationszahlung der Bundesrepublik beendet". Denn nun wurde Westdeutschland zur amerikanischen Speerspitze gegen den kommunistischen Osten.

Der erste Fraktionsvorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, nannte im November 1949 Adenauer wegen seiner Bemühung um Westintegration einen "Kanzler der Alliierten".

Nach dem Abschluß der Pariser Verträge schlossen sich noch im gleichen Monat acht Staaten des Ostblocks zu einem Militärbündnis zusammen, dem Warschauer Pakt. Ihm wurden auch die inzwischen geschaffenen Streitkräfte der nationalen Volksarmee eingegliedert. Deutschland war nun gespalten. Wie anders wäre die Geschichte verlaufen, hätte die SPD den ersten Bundeskanzler stellen können! Damals war sie noch eine echte Alternative zu CDU und FDP.

Zum Aufbau der Bundeswehr wurden nun die Rücklagen aus dem Juliusturm verwendet. Damit konnten die Renten nicht mehr mit angespartem Kapital gesichert werden. Von Kapitaldeckung mit Zinsgewinn wechselte Adenauer zu einem Umlageverfahren, bei dem die derzeit Beschäftigten für die Gesundheits- und Rentenkosten aufkommen müssen. Fachleute warnten Adenauer, daß bei möglicher Überalterung der Bevölkerung (die inzwischen eingetreten ist) die Renten nicht mehr gewährleistet seien. Er wischte diese Bedenken weg mit der berühmt gewordenen Bemerkung: "Kinder kriegen die Leute immer!" Wie sicher könnten die Renten sein, und wie unsicher sind sie geworden!

Die Ersparnisse aus dem "Juliusturm" waren bis 1969 für die Aufrüstung verbraucht. Ab dort machte jede Regierung Schulden, und jedes Jahr höhere. Wie das Statistische Bundesamt im Februar 2008 berichtete, betragen die öffentlichen Gesamtschulden Deutschlands mehr als € 1,5 Billionen. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl hat jeder Deutsche, ob Säugling oder Greis, € 18.925.- Schulden, und eine Familie mit zwei Kindern € 75.700.- Das sind Schulden der gegenwärtigen Generation, die sie den nachfolgenden vererbt. Seit Jahrzehnten verschuldet jede deutsche Regierung den Staat noch weiter. Sie wertet schon als großen Erfolg, wenn die Neuverschuldung etwas geringer als im Vorjahr ist. Für das Jahr 2007 waren das "nur" weitere

€ 19600 Millionen Schulden. Künftige Generationen müssen diese ja irgendwie zurückzahlen, und den Gegenwärtigen fehlen die gewaltigen Zahlungen an Schuldzinsen für dringende soziale Aufgaben.

Wäre Deutschland neutral und vereinigt geblieben, anstatt sich auf die Seite der USA zu schlagen, und hätten wir die gewaltigen Kosten der Wiederbewaffnung und Unterhaltung der Truppen zu Land, zu Wasser und in der Luft für Soziales ausgegeben, dann wäre die Sicherheit eines jeden Einzelnen in Deutschland unvergleichlich höher als heute, wo es keinen wirklich sicheren Ort mehr gibt. Erheblich vergrößert wird die Verschuldung der meisten Länder, auch Deutschland, durch den weltweiten Bankenskandal, für dessen Verluste vor allem diejenigen aufkommen müssen, die nicht an den Bankgewinnen Anteil gehabt hatten.

Wenn es nach Angelika Merkel gegangen wäre, dann hätte sich die Bundesrepublik auch am völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak beteiligt, und auch Deutsche Soldaten würden in fahngeschmückten Särgen in ihre Heimat zurückkehren. □

Buchvorstellungen

(D.K.) Die Broschüre *Neue Therapien bei Krebserkrankungen* von Verena van Ogtrop ist völlig neu in meinem Angebot. Den Vorstellungstext habe ich der Web-Seite www.medizinfo.de entnommen. Ich biete die Broschüre in der beiliegenden Bestellliste an.

Es ist wenig sinnvoll, alle Forscher aufzuzählen, die in vielen Jahrzehnten Krebs-Theorien und -Therapien entworfen haben. Ich folge in diesen Aufzeichnungen daher nur Einigen, deren wissenschaftliche Arbeit mich zu eigenen Versuchen und Therapieformen angeregt haben. Soweit es sinnvoll ist, gebe ich möglichst kurze Zitate mit Quellenangaben, so daß sich der interessierte Leser dort weiter informieren kann.

Seit fast 40 Jahren arbeite ich jetzt mit Krebskranken. Nachdem ich selbst schwer unter dieser Krankheit zu leiden hatte, kam ich allmählich zu folgenden Erkenntnissen:

1. Es gibt Basiswissen, das für jede Krebserkrankung gültig ist und das ständig in die Tat umgesetzt werden muß. Davon handelt das zweite und das dritte Kapitel.
2. Die Forschung geht weiter. Wenn man mit Krebskranken arbeitet, bleibt es nicht aus, daß man kritisch prüfen muß. Da unsere Erde durch Medien und Reisemöglichkeiten immer überschaubarer wird, finden wir auch alte Rezepturen aus fremden Erdteilen und Zeiten, von denen wir bisher nichts wußten. Die Spannweite ist also groß: von ayurvedischer Medizin bis zur Bio-Photonen-Forschung ist es ein weiter Weg. Die rechte Zusammenschau zu finden, verlangt fundierte Kenntnisse auf vielen Gebieten. Nicht umsonst sprechen wir von Heilkunst.

3. Trotz aller Bemühungen muß der Einzelne Kontakte suchen und sich von Spezialisten belehren lassen. Es ist gut, wenn man sich auch in späten Jahren die Hartnäckigkeit und Geduld bewahrt, die dazu gehört, wenn man auf Fragen Antworten bekommen und sie dann auch begreifen will.

Ich wende mich mit dieser Schrift in erster Linie an meine Patienten, also an Laien auf diesem Gebiet. Daher werde ich mich um eine klare, einfache und allgemein verständliche Sprache bemühen. Sollten Fachleute daran Anstoß nehmen - man muß diese Abhandlung nicht lesen.



(D.K.) Nikolaus Koch, Jahrgang 1912, war Philosophieprofessor an der Pädagogischen Hochschule Ruhr in Dortmund. Er war nicht nur ein gefragter Autor der NEUEN POLITIK unter der Schriftleitung von Wolf Schenke, sondern auch Verfasser einiger Publikationen, die im Schwesterverlag, dem Holsten-Verlag, erschienen sind. Ich stelle nachstehend die Broschüre *Europa zwischen Weltrevolution und Konterrevolution* mit der knappen Einleitung und dem Inhaltsverzeichnis aus der Broschüre vor. Der Text stammt aus dem Jahr 1980. Sie finden die Broschüre in der beiliegenden Bestellliste und auch im Internet unter www.neuepolitik.com.

Innerhalb und außerhalb der Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Bildungsinstitutionen, der Bundeswehr, der Europa-Bewegung, der Bewegungen gegen Umwelterstörung, Wettrüsten und Kriegsdienst müssen wir alle mehr als bisher tun, wenn Deutschland und Europa nicht im Sekundärspiel der Apparate ersticken sollen. Was zu tun ist und wie es getan werden kann, darum geht es in den sieben Kapiteln der Schrift:

1. Kapitel: Das weltrevolutionäre Gesamtpotential Europas
2. Kapitel: Die antirevolutionäre Staatsreligion der Bundesrepublik Deutschland
3. Kapitel: Die "demokratische" Selbstauslöschung der westdeutschen Demokratie
4. Kapitel: Mutig vorwärts in die letzte Katastrophe
5. Kapitel: Wie konterrevolutionär sind die Kirchen?
6. Kapitel: Drei Briefe in die Welt
7. Kapitel: Weltrevolutionäre Bürgerinitiativen

**Sie wollen es,
wir haben es!
Inspirierende Lektüre**

... zu bestellen unter: 030-822 52 11
oder
www.neuepolitik.com/shop